



# Antragsbuch

mit den Empfehlungen der Antragskommission  
des SPD Berlin-Kreis 12 Reinickendorf

zur Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 22. November 2025

im Fontane-Haus, Berlin-Reinickendorf

Fassung vom 19.11.2025

SPD.DE

## Inhaltsverzeichnis

### 1. Klima, Umwelt & Nachhaltigkeit

- **Antrag 01** Verpackungssteuer für Berlin einführen. 02
- **Antrag 02** Erhaltung und Pflege des Waldes. 03
- **Antrag 03** Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden in Berlin. 04

### 2. Stadtentwicklung, Kultur & Erinnerungspolitik

- **Antrag 04** Zukunftsfähige Metropole, statt Freilichtmuseum: Reform des Denkmalschutzes. 05
- **Antrag 05** Umbenennungen von Straßen unter Berücksichtigung von Ilse Reichel-Koß 06
- **Antrag 06** Zukunftsperspektive für die Ausstellung „totgeschwiegen“. 07

### 3. Mobilität & Infrastruktur

- **Antrag 07** Finanzierung der BVG-Muva-Rufbusse. 08
- **Antrag 08** Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption. 09

### 4. Bildung & Gesellschaft

- **Antrag 09** Einführung von Umfragen zu Problemen in der Ausbildung (bspw. nach dem Vorbild von PraeLab). 12

### 5. Sicherheit & Rechtsstaat

- **Antrag 10** Katastrophenschutz barrierefrei ausbauen. 13
- **Antrag 11** Strafbarkeit jeglicher Voyeuraufnahmen. 14

1      **Antrag 1**  
2      Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd

3      Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
4      der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Kommentiert [JS1]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Erledigung auf dem LPT I/2025.

5  
6      Verpackungssteuer für Berlin einführen.

7  
8      Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, in Berlin eine Steuer auf Einwegverpackungen, -geschirr  
9      und -besteck, sofern Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr  
10     an Ort und Stelle oder als mitnehmbares Take-away-Gericht oder To-Go-Getränk verkauft  
11     werden, einzuführen.

12  
13     Berlin soll sich dabei an den seit 2022 geltenden Regelungen der Verpackungssteuer der  
14     Stadt Tübingen orientieren, deren Verfassungsmäßigkeit jetzt in einem  
15     Bundesverfassungsgerichtsurteil bestätigt wurden.

16  
17     **Begründung:**

18  
19     Die Vermüllung des öffentlichen Raums in Berlin hat zuletzt stark zugenommen. Sie ist  
20     zugleich ein ästhetisches und ökologisches Problem. Berlin versinkt im Müll, ohne dass  
21     adäquate Lösungen und langfristige Besserung in Aussicht sind. 83 % nehmen Berlin als stark  
22     oder sehr stark vermüllt wahr (ALLES IM FLUSS, eine Initiative von wirBERLIN).

23  
24     Neben schärferen Kontrollen und konsequenter Ahndung von Müllvergehen wünschen sich  
25     viele Berlinerinnen und Berliner einen systemischen Wandel, sie fordern eine Gesetzgebung,  
26     die das Reduzieren von Abfall den Produzierenden vorschreibt und für Konsument\*innen  
27     vereinfacht.

28  
29     Verstärkt durch die Pandemie sind To-Go-Verpackungen für Speisen und Getränke zuletzt zu  
30     einem besonders großen Problem geworden. Gastronomiebetriebe, die entsprechende  
31     Verpackungen herausgeben, an der Problemlösung zu beteiligen, ist deshalb eine  
32     Möglichkeit diesem Problem entgegenzuwirken.

33  
34     So sieht es auch der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Berlin und viele andere  
35     Städte und Gemeinden. Das Tübinger Beispiel zeige, wie die Steuer erfolgreich die  
36     Vermüllung bekämpfe und Abfall vermeide. Sie bringt außerdem zusätzliche Einnahmen für  
37     die Stadt, mit denen dann die BSR besser unterstützt werden könnte. Die Mittel für die  
38     Berliner Stadtreinigung (BSR) werden für 2025 bei 152 Mio. Euro liegen.

39  
40     Berlin sollte jetzt so schnell wie möglich Verpackungssteuer für Berlin einführen.

41  
42  
43  
44

1           **Antrag 2**

2   Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

3   Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
4   der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6   **Erhaltung und Pflege des Waldes**

7   und folgende Passage in das jeweilige Wahlprogramm für die Wahlen 2026 aufzunehmen:

8

9   Die SPD setzt sich für eine konsequent naturnahe Umsetzung des Gesetzes zur Erhaltung und  
10 Pflege des Waldes (LWaldG) und notwendiger Verordnungen unter Beteiligung aller  
11 gesellschaftlicher Gruppen und unter Berücksichtigung des Brandschutzes (Anlegen von  
12 Löscheichen und Schneisen). Es wird alles dafür unternommen, damit die Berliner Wälder ihrer  
13 sozialen und ökologischen Rolle als Erholungsraum und Naturreservat auch für kommende  
14 Generationen gerecht werden kann.

15

16   **Begründung:**

17

18   Die Bedeutung der 29.000 ha Berliner Wald kann gar nicht überschätzt werden. Das Waldgesetz  
19 sieht den Wald vorrangig als Erholungswald für die Bevölkerung vor. Eine ökonomische Nutzung  
20 ist nicht vorgesehen bzw. sehr nachrangig. Neben der Erholungsfunktion, die einen gesellschaftlich  
21 sozialen Faktor darstellt, hat der Wald im Zusammenhang mit Parks und Straßenbäumen eine  
22 weitere soziale Komponente. Der Wald stellt eine enorme "Klimaanlage" dar, die damit  
23 verbundenen nicht zu tätigen Ausgaben für künstlichen Wärmeschutz sind nicht zu unterschätzen.

24

25   Außerdem ist der Wald der größte Süßwasserspeicher, der vor allem dann, wenn der  
26 Wasserzufluss in die Spree ab 2035 durch den Tagebau in der Lausitz aufhören wird, massiv an  
27 Bedeutung gewinnen wird. Experten gehen davon aus, dass die Spree bis zu 25% weniger Wasser  
28 führen wird.

29

30   Senken wir also allenthalben die Kosten, überlassen wir den Wald sich selbst und nehmen nur  
31 noch die Verkehrssicherungspflicht wahr. Berlin kann hier bundesweite Maßstäbe setzen.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

**Kommentiert [JS2]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme in geänderter  
Fassung.

**Kommentiert [JS3]:** Ergänzungänderung: „...und unter  
Berücksichtigung des Brandschutzes (Anlegen von  
Löscheichen und Schneisen)“.

1           **Antrag 3**

2       Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau

3       Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,

4       der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6       **Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden in Berlin.**

7

8       In die Wahlprogramme der SPD für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin und die Wahl der

9       Bezirksverordnetenversammlung in Reinickendorf im September 2026 soll folgende Aussage

10      aufgenommen werden:

11      Wir wollen Photovoltaikanlagen auf möglichst vielen dafür geeigneten öffentlichen Gebäuden in

12      Berlin errichten. Zusammen mit Batteriespeichern sollen sie einen weiteren Beitrag dazu liefern,

13      dass die Umstellung weg von fossilen Energien hin auf saubere erneuerbare Energien in Berlin

14      gelingt.

15

16      **Begründung:**

17

18      Auch Berlin ist von dem weltweiten Klimawandel stark betroffen: die Sommer werden immer

19      heißer und trockener, gleichzeitig gibt es aber extreme Stürme und Starkregenereignisse mit

20      erheblichen Umweltschäden. Berlin ist daher im eigenen Interesse gefordert, einen wirksamen

21      Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

22

23      Hier kann die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden ein sichtbares

24      Zeichen setzen. Der Verbrauch von fossiler Energie im öffentlichen Bereich wird hierdurch

25      eingeschränkt. Sinnvoll ist die Verbindung mit Stromspeichern, die es ermöglichen, den während

26      der Sonnenscheindauer produzierten und nicht sofort verbrauchten Strom zu anderen Tageszeiten

27      z.B. für Wärmepumpen oder Wallboxen zu nutzen oder in das öffentliche Netz einzuspeisen.

28

29      Ein Beispiel für eine mögliche Photovoltaik-Anlage wäre die Errichtung auf dem Flachdach der

30      neuen Feuerwache Frohnau. Über eine Wallbox könnten mit einem E-Motor betriebene

31      Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen kostengünstig geladen werden. Das gleiche gilt für

32      andere Feuerwachen oder Polizeistationen, die angesichts ihres Fuhrparks für die Errichtung von

33      Photovoltaik-Anlagen vorrangig in Betracht kämen.

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Kommentiert [JS4]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

- 1    **Antrag 4**
- 2    Antragsteller: Abteilung 12/03 Frohnau
- 3    Der Kreisvorstand der SPD Reinickendorf möge beschließen,
- 4    die AG Verantwortung des Landesvorstandes möge beschließen:
- 5
- 6    Zukunftsfähige Metropole, statt Freilichtmuseum: Reform des Denkmalschutzes
- 7    und folgende Passagen in die jeweiligen Entwürfe der Wahlprogramme aufzunehmen:
- 8
- 9    Für das Landeswahlprogramm:
- 10
- 11   Wir werden das Berliner Denkmalschutzgesetz reformieren, um eine neue, gerechtere Balance
- 12   zwischen dem Schutz unseres kulturellen Erbes und den dringenden öffentlichen Interessen
- 13   Berlins herzustellen. Insbesondere bei gewichtigen Belangen, wie der Sanierung von Gebäuden für
- 14   die Daseinsfürsorge (z.B. Feuerwehren, Polizeiwachen, Schwimmbädern, Schulen), der Schaffung
- 15   von dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum und notwendigen Klimaschutzmaßnahmen
- 16   (z.B. energetische Sanierung) müssen Vorgaben und Abläufe geschaffen werden, die eine zügige
- 17   Realisierung solcher Projekte ermöglichen und die zusätzlichen Kosten für Denkmalschutz in
- 18   einem engen Rahmen halten.
- 19
- 20   Für das Kreiswahlprogramm:
- 21
- 22   Wir nutzen den Spielraum auf Bezirksebene, um die Vorgaben des Berliner
- 23   Denkmalschutzgesetzes pragmatisch auszulegen. Der Fokus liegt dabei auf einer
- 24   verhältnismäßigen Beschränkung der Denkmalschutz-Vorgaben mit dem Ziel, sowohl
- 25   Kostensteigerungen als auch Bauzeitverlängerungen insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben
- 26   in einem sehr engen Rahmen zu behalten.
- 27
- 28   Begründung:
- 29
- 30   Berlin erweist sich in fast allen infrastrukturellen Bereichen als nicht ausreichend für die Zukunft
- 31   aufgestellt. Investitionen werden derzeit jedoch durch zu weitreichende und in der Fläche zu breit
- 32   angewendete Denkmalschutzvorgaben ausgebremst. Eklatante Beispiele sind das Paracelsus-Bad
- 33   oder die Feuerwache Oderberger Straße. Wenn Wohnungsbau und Investitionen in die Zukunft
- 34   wirklich Priorität haben sollen, wird dies nicht mit dem aktuell existierenden Denkmalschutz-
- 35   Regime gelingen.
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44

Kommentiert [JS5]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme in geänderter  
Fassung.

Kommentiert [JS6]: Änderung der Antragskommission:  
Entnahme des Absatzes „Für das Kreiswahlprogramm“.

1      **Antrag 5**

2      Antragsteller: Abteilung 12/05 Hermsdorf

3      Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:

4

5      Umbenennungen von Straßen unter Berücksichtigung von Ilse Reichel-Koß.

6

7      Die SPD-BVV-Fraktion in Reinickendorf möge sich dafür einsetzen, dass bei Neu- bzw.

8      Umbenennungen von Straßen bzw. Plätzen die Leistungen der Reinickendorferin Ilse Reichel-Koß

9      (ehem. Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Stadträtin usw.) berücksichtigt wird.

10

11      Begründung:

12

13      „In der Freien Scholle im Berliner Bezirk Reinickendorf aufgewachsen, schloss Reichel-Koß ihre

14      Schulausbildung im Jahr 1942 mit der Mittleren Reife ab. Ihren beruflichen Werdegang begann sie

15      als Angestellte im Bezirksamt Reinickendorf, später als Sachbearbeiterin im Berliner Magistrat. Ihr

16      politisches Vorbild war Ella Kay, deren Mitarbeiterin sie von 1959 bis 1962 war. Von 1965 bis 1971

17      war sie als Bezirksstadträtin für Jugend und Sport in Reinickendorf. Von 1971 bis 1981 war sie

18      Senatorin in der Berliner Landesregierung tätig. Dem Abgeordnetenhaus von Berlin gehörte sie

19      noch bis 1989 an.

20

21      Ilse Reichel-Koß wurde auf dem Friedhof Tegel „Am Fließtal“ anonym bestattet.

22

23      Leistung: Unter ihrer Führung entstand in Reinickendorf der erste Abenteuerspielplatz der Stadt.

24      Im Jahr 1976 eröffnete sie das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik in Berlin. Wie kein anderes

25      Mitglied des Berliner Senats unterstützte sie die Bürgerinitiativbewegung, auch durch

26      umfangreiche Förderprogramme für Eltern-Kind-Gruppen (Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten),

27      Abenteuerspielplätze und Frauenhäuser.“

28

29      Aus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Ilse\\_Reichel-Koß](https://de.wikipedia.org/wiki/Ilse_Reichel-Koß); abgerufen: 18.06.2025, 21:10 Uhr.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

- 1    **Antrag 6**
- 2    Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Reinickendorf
- 3    Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:
- 4
- 5    Zukunftsperspektive für die Ausstellung „totgeschwiegen“ auf dem Gelände der ehemaligen
- 6    Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik sichern.
- 7
- 8    Die SPD-Fraktion in der BVV Reinickendorf und die Reinickendorfer Mitglieder der SPD-Fraktion im
- 9    Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die
- 10   Zukunftsperspektive der Ausstellung „totgeschwiegen“ auf dem Gelände der ehemaligen
- 11   Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik gesichert wird. Dazu ist insbesondere erforderlich:
- 12
- 13      1. Der Zugang zur Ausstellung muss barrierefrei eingerichtet werden. Es ist nicht hinnehmbar,
- 14      dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die Ausstellungsräume im ersten Stock
- 15      nicht erreichen können.
- 16
- 17      2. Bei der Entwicklung einer neuen Nutzungskonzeption für das Gelände und die
- 18      denkmalgeschützten Gebäude muss sichergestellt werden, dass die Ausstellung am
- 19      authentischen Ort erhalten bleibt. Die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen
- 20      Trägerverein und Eigentümer muss fortentwickelt werden.
- 21
- 22      3. In Abstimmung zwischen Trägerverein, Bezirk und Land ist eine Trägerstruktur zu
- 23      entwickeln, die der Bedeutung dieses Ortes für die Erinnerungskultur in unserer Stadt
- 24      gerecht wird.
- 25
- 26      **Begründung:**
- 27
- 28      Im Rahmen der sogenannten „T4-Aktion“ wurden Menschen mit Behinderungen, besonders mit
- 29      intellektuellen Beeinträchtigungen, von der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik über verschiedene
- 30      Zwischenanstalten in die Tötungsanstalten, besonders auch nach Brandenburg / Havel
- 31      transportiert und dort ermordet. Nach Ende der „T4-Aktion“ wurden ab März 1942 verstärkt
- 32      Patienten aus Wittenau direkt in die Heilanstalt Obrawalde „verlegt“ und dort ermordet. Diese
- 33      Ereignisse wurden ab 1982 von einer Gruppe engagierter Mitarbeiter:innen der Klinik recherchiert
- 34      und ab 1988 in der Ausstellung „totgeschwiegen“ dokumentiert. Die Ausstellung wurde 2006
- 35      überarbeitet und befindet sich seit 2006 in der Trägerschaft von „totgeschwiegen“. Gesellschaft
- 36      gegen die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen e.V.“. Die Ausstellung wird von der BIM als
- 37      derzeitige Eigentümerin unterstützt.
- 38
- 39      Die Ausstellung ist in Berlin die einzige Erinnerung an die „T4-Aktion“ und die nachfolgenden
- 40      Morde am authentischen Ort; sie ist daher von herausragender Bedeutung für die
- 41      Erinnerungskultur in Reinickendorf und darüber hinaus für unsere ganze Stadt. Der Trägerverein
- 42      braucht politische Unterstützung, damit die Ausstellung gesichert und zukunftsfähig
- 43      weiterentwickelt werden kann.
- 44

Kommentiert [JS8]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

- 1   **Antrag 7**
- 2   Antragsteller: Abteilung 12/18 Märkisches Viertel
- 3   Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,
- 4   der **Landesvorstand** Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,
- 5   die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt möge umsetzen:
- 6
- 7   Finanzierung der BVG-Muva-Rufbusse.
- 8
- 9   Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt wird aufgefordert,
- 10   die Finanzierung der Muva-Angebote langfristig zu sichern, so dass der Service der
- 11   Muva-Busse weiterhin genutzt werden kann.
- 12
- 13   **Begründung:**
- 14
- 15   Der BVG-Muva-Rufbus ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines modernen, inklusiven und
- 16   barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs in Berlin und sollte daher weiterhin finanziert werden. Das
- 17   Angebot richtet sich gezielt an Menschen mit Mobilitäts einschränkungen, Seniorinnen und
- 18   Senioren, Personen mit Kinderwagen oder Gepäck sowie an Fahrgäste, für die der reguläre ÖPNV
- 19   aufgrund von Ausfällen, langen Wegen oder fehlender Barrierefreiheit schwer nutzbar ist. Mit der
- 20   Weiterfinanzierung des Dienstes wird sichergestellt, dass diese Bevölkerungsgruppen
- 21   gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können – ein zentrales Ziel der Berliner
- 22   Mobilitäts- und Sozialpolitik.
- 23
- 24   Darüber hinaus überzeugt das System durch seine einfache Nutzbarkeit und soziale
- 25   Ausgewogenheit: Berechtigte Personen können den Dienst ohne Zusatzkosten in Anspruch
- 26   nehmen, sofern ein gültiges VBB-Ticket vorliegt. Damit bleibt Mobilität nicht vom Einkommen
- 27   abhängig. Erste Auswertungen und Berichte zeigen, dass die technische Umsetzung zuverlässig
- 28   funktioniert und der Service auf große Akzeptanz stößt.
- 29
- 30   Ein Wegfall der Finanzierung hätte gravierende Folgen. Für viele Nutzerinnen und Nutzer würde
- 31   die Mobilitätskette im Alltag unterbrochen, insbesondere an Stationen ohne Aufzug oder in
- 32   Randlagen mit geringem ÖPNV-Angebot. Dies stünde im klaren Widerspruch zu den Zielen der
- 33   Barrierefreiheit, der sozialen Teilhabe und der Inklusion, die das Land Berlin selbst formuliert hat.
- 34   Medienberichte verdeutlichen bereits jetzt die Sorge vieler Betroffener, durch eine mögliche
- 35   Einstellung des Angebots in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt zu werden.
- 36
- 37   Die Fortführung der Finanzierung des BVG-Muva-Rufbusses ist daher nicht nur eine Frage der
- 38   Daseinsvorsorge, sondern auch ein deutliches Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und
- 39   moderner Mobilität. Anstatt das Angebot auslaufen zu lassen, sollte es langfristig gesichert,
- 40   evaluiert und weiterentwickelt werden – etwa durch eine bessere Integration in digitale
- 41   Buchungssysteme, eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit und die Ausweitung auf bisher
- 42   unzureichend erschlossene Gebiete. Nur so kann Berlin seiner Rolle als inklusive,
- 43   zukunftsorientierte Metropole gerecht werden.
- 44

**Kommentiert [JS9]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme in geänderter  
Fassung.

**Kommentiert [JS10]:** Änderung der  
Antragskommission: Adressierung an „Landesparteitag  
der SPD Berlin“ statt „Landesvorstand der SPD Berlin“.

1           **Antrag 8**

2       Antragsteller: Abteilung 12/01 Borsigwalde/Tegel-Süd

3       Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,

4       der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,

5       der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6

7       Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption für Dienstleistungsbetriebe.

8

9       Die ~~Berliner~~ SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, möglichst noch im Jahr 2026 ein

10      Gesetzes zur Einführung der bargeldlosen Zahlungsoption für Dienstleistungsbetriebe in dem

11      Bundestag einzubringen.

12

13      **Begründung:**

14

15      Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von 2025 sieht vor, dass künftig alle

16      Unternehmen mit Kundenkontakt zusätzlich zur Barzahlung mindestens eine digitale

17      Zahlungsoption (z.B. EC-Karte, Kreditkarte, kontaktloses Bezahlen) anbieten müssen, um die

18      Verbraucherwahlfreiheit zu sichern und Steuerhinterziehung zu erschweren.

19

20      Noch gibt es weder einen Gesetzesentwurf noch einen konkreten Zeitplan – die Pflicht zur

21      Kartenzahlung ist bisher lediglich ein politisches Vorhaben im Rahmen des Koalitionsvertrags. In

22      der Berliner Gastronomie wird zunehmend die Möglichkeit der Kartenzahlung für den Gast

23      verweigert! Auch in diesem wichtigen Bereich muss die Bundesregierung zeitnah

24      Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.

25

26      **Es geht um eine Verbesserung im Alltag von Dienstleistern durch verpflichtende**

27      **Kartenzahlungs-Option bei Beibehaltung der Barzahlungsmöglichkeit.**

28

29      Die Einführung einer solchen Pflicht würde mehrere zentrale Vorteile mit sich bringen. Erstens

30      würde sie einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung

31      leisten, da digitale Zahlungen automatisch dokumentiert und nachvollziehbar sind. Gerade in

32      bargeldintensiven Branchen wie Gastronomie und Dienstleistungen bestehen aktuell zu viele

33      Schlupflöcher, die eine vollständige und korrekte Versteuerung der Umsätze erschweren. Durch die

34      verpflichtende Annahme von Kartenzahlungen könnten diese Graubereiche deutlich reduziert

35      werden, was zu einem erhöhten Steueraufkommen und mehr Steuergerechtigkeit führen würde.

36

37      Zweitens profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger von einer solchen Regelung. Immer mehr

38      Menschen möchten flexibel und bequem bargeldlos bezahlen, sei es mit Karte, Smartphone oder

39      Smartwatch. Die Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr würde gestärkt und der Alltag vieler Menschen

40      erleichtert.

41

42

43

44

**Kommentiert [JS11]:** KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme in geänderter  
Fassung.

**Kommentiert [JS12]:** Ergänzungänderung durch  
Antragskommission: „...der Bundesparteitag der SPD  
möge beschließen.“

**Kommentiert [JS13]:** Änderung der  
Antragskommission: Streichung des Wortes: „Berliner“.

45 Wir bitten Euch daher, sich im Bundestag für einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzusetzen,  
46 der die Akzeptanz mindestens einer digitalen Zahlungsoption für alle Dienstleister verbindlich  
47 vorschreibt – selbstverständlich unter Beibehaltung der Möglichkeit zur Barzahlung. So können wir  
48 einen wichtigen Schritt in Richtung Transparenz, Steuergerechtigkeit und Modernisierung des  
49 Zahlungsverkehrs gehen.

50

#### 51 **Mehr Effizienz und Zeitersparnis**

52

- 53 • Die Annahme von Kartenzahlungen beschleunigt den Bezahlvorgang erheblich, da das  
54 Hantieren mit Bargeld und das Herausgeben von Wechselgeld entfallen. Das führt zu  
55 kürzeren Wartezeiten für die Gäste und ermöglicht es dem Personal, sich schneller wieder  
56 dem Service zu widmen.
- 57 • Die Kassenabrechnung am Tagesende wird einfacher und schneller, da Kartenzahlungen  
58 automatisch erfasst und verbucht werden. Das reduziert Zählfehler und minimiert den  
59 Aufwand für die Buchhaltung.

60

#### 61 **Höhere Umsätze und Spontankäufe**

62

- 63 • Kunden geben nachweislich mehr Geld aus, wenn sie mit Karte zahlen können. Die  
64 Möglichkeit zur Kartenzahlung erhöht die Ausgabebereitschaft und fördert Spontankäufe,  
65 zum Beispiel beim Kauf zusätzlicher Produkte oder Dienstleistungen.
- 66 • Auch ausländische Gäste oder Touristen, die selten Bargeld dabeihaben, können problemlos  
67 zahlen, was den Kundenkreis erweitert.

68

#### 69 **Mehr Sicherheit und weniger Risiken**

70

- 71 • Das Risiko von Falschgeld und Diebstahl wird durch weniger Bargeld im Betrieb deutlich  
72 reduziert.
- 73 • Kartenzahlungen bieten eine Zahlungsgarantie, da die Bonität der Kunden vor Abschluss  
74 geprüft wird. Zahlungsausfälle werden so minimiert.
- 75 • Alle Transaktionen werden automatisch dokumentiert, was die Buchhaltung vereinfacht, und  
76 die Einhaltung steuerlicher Vorgaben erleichtert.
- 77 • Die digitale Nachvollziehbarkeit der Umsätze schützt vor Verdacht auf Schwarzarbeit und  
78 Steuerhinterziehung und stärkt das Vertrauen von Kunden und Behörden.

88      **Höhere Kundenzufriedenheit und Wettbewerbsfähigkeit**

- 89
- 90      • Kunden erwarten heute flexible und bequeme Zahlungsmöglichkeiten. Wer Kartenzahlung
- 91      anbietet, steigert die Kundenzufriedenheit und bleibt wettbewerbsfähig.
- 92
- 93      • Dienstleister, die Kartenzahlung akzeptieren, werden als modern und kundenorientiert
- 94      wahrgenommen und können sich so von Mitbewerbern abheben.
- 95

96      **Zusätzliche Vorteile**

- 97
- 98      • Moderne Kartenterminals bieten Funktionen wie die einfache Abwicklung von Trinkgeldern,
- 99      die weiterhin steuerfrei an das Personal ausgezahlt werden können.
- 100
- 101     • Die Integration in bestehende Kassensysteme ist unkompliziert, und das Personal kann die
- 102     Geräte schnell bedienen lernen.
- 103
- 104     Insgesamt führt die verpflichtende Annahme von Kartenzahlungen zu einem effizienteren,
- 105     sichereren und kundenfreundlicheren Betriebsalltag für Restaurants und Friseure, während
- 106     gleichzeitig die Transparenz und Steuerehrlichkeit gefördert wird.
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- 113
- 114
- 115
- 116
- 117
- 118
- 119
- 120
- 121
- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- 129
- 130

1     **Antrag 9**  
2     Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Reinickendorf  
3     An die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf,  
4     an den Landesparteitag der SPD-Fraktion:

Kommentiert [JS14]: KONSENS durch Antragskommission mit Annahme.

5  
6     **Einführung von Umfragen zu Problemen in der Ausbildung (bspw. nach dem Vorbild von PraeLab).**

7  
8     Die SPD Reinickendorf fordert die SPD Berlin sowie die SPD-Mitglieder im Berliner  
9     Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen, dass in Berlin verpflichtende Umfragen eingeführt  
10    werden. Dabei sollen Daten über die Ausbildungssituation, Probleme in der betrieblichen dualen  
11    Ausbildung sowie unterschiedliche Gründe für Ausbildungsabbrüche in Form von Umfragen  
12    erhoben und evaluiert werden, nach den erprobten Methoden von Praelab. Dadurch soll die  
13    Prävention von Ausbildungsabbrüchen verbessert werden und bestehende Maßnahmen  
14    entsprechend angepasst und weiterentwickelt werden.

15  
16    **Solch eine Umfrageerhebung muss nachfolgenden Kriterien erfolgen.**

- 17  
18    • Verpflichtende Durchführung in allen Berufsschulen sowie in der Einstiegsphase betrieblicher  
19    Ausbildung, sowie mindestens einmal pro Ausbildungsjahr  
20  
21    • Anonymisierung der Daten  
22  
23    • Erhebung und Auswertung der anonymisierten Daten aus den Screenings, um Trends zu  
24    erkennen und politische Maßnahmen zielgerichtet zu gestalten.

25  
26    **Begründung:**

27  
28    In Berlin brechen jährlich rund ein Viertel der Auszubildenden ihre Ausbildung ab. Dies führt zu  
29    erheblichen Folgekosten für Betriebe, öffentliche Hand und Betroffene. PraeLab ist ein  
30    wissenschaftlich evaluiertes Verfahren, das frühzeitig Abbruchrisiken erkennt und gezielte  
31    Beratung einleitet. Während einzelne PraeLab-Elemente in Berlin bereits punktuell umgesetzt  
32    werden, fehlt als zentrale Komponente vor allem die Erhebung von Daten, um die allgemeinen  
33    sowie möglichen Sektoral-/ oder Regionalspezifischen Gründe für Ausbildungsabbrüche,  
34    festzustellen und daraufhin die bestehenden Maßnahmen anzupassen oder weiterzuentwickeln.  
35    Daher ist eine faktische Grundlage für den Erfolg entscheidend.

36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
**SPD.DE**

1    **Antrag 10**

2    Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Reinickendorf  
3    Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen:

4    **Katastrophenschutz in Reinickendorf barrierefrei ausbauen.**

5    Die Sozialdemokratischen Bezirksverordneten werden aufgefordert, sich für den barrierefreien  
6    Ausbau des Katastrophenschutzes in Reinickendorf einzusetzen. Dazu gehört die Klärung der  
7    folgenden Fragen:

- 8    • Sind die Katastrophenschutz-Leuchttürme und Informationspunkte barrierefrei zugänglich?  
9    • Sind die notwendigen Informationen für Menschen mit unterschiedlichen  
10   Beeinträchtigungen nach dem Prinzip der Zwei-Sinne-Kommunikation verfügbar?  
11   • Wie kann sichergestellt werden, dass Warnmeldungen auch Menschen mit Behinderungen  
12   erreichen?  
13   • Wie kann ein Minimum an Mobilität für Menschen mit Behinderungen gewährleistet werden  
14   (z.B. Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung)?  
15   • Wie können schwerbehinderte Menschen evakuiert werden, wenn z.B. der Strom ausfällt?

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Kommentiert [JS15]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Annahme.

1      **Antrag 11**

2      Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos Reinickendorf  
3      Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Reinickendorf möge beschließen,  
4      der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,  
5      der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6  
7      Strafbarkeit jeglicher Voyeur-Aufnahmen.  
8

9      Eine Frau joggt durch den Park. Nach einiger Zeit bemerkt sie, wie ihr ein Mann mit dem Fahrrad  
10     folgt und dabei Fotos und Videos von ihr macht. Sie stellt ihn zur Rede und bringt ihn letztendlich  
11     dazu, die Aufnahmen zu löschen. Im Anschluss möchte sie eine Strafanzeige gegen den Mann  
12     stellen. Dabei muss sie jedoch feststellen, dass das Handeln des Mannes aktuell keinen  
13     Straftatbestand verwirklicht. So ist es vor Kurzem einer Frau passiert, die den Vorfall auf Social  
14     Media geteilt hat.

15  
16     Nach der aktuellen Gesetzeslage ist gem. § 184k StGB nur das Herstellen, Übertragen, Gebrauchen  
17     oder zugänglich machen von unbefugten Bildaufnahmen von "den Genitalien, dem Gesäß, der  
18     weiblichen Brust oder der diese Körperteile bedeckenden Unterwäsche einer anderen Person"  
19     strafbar, "soweit diese Bereiche gegen Anblick geschützt sind". Damit grenzt die aktuelle  
20     Rechtslage die Strafbarkeit von voyeuristischen - also heimlichen, oft sexuell motivierten -  
21     Bildaufnahmen massiv ein.

22  
23     Zum einen, weil sie die Strafbarkeit daran koppelt, dass die betroffene Körperregion auf den  
24     Bildaufnahmen nackt bzw. nur von Unterwäsche bedeckt sein darf und zum anderen, weil ein  
25     durch zusätzliche Kleidung vermittelte Schutz der Körperbereiche überwunden werden muss.  
26     Damit sind immerhin das Upskirting (unter den Rock fotografieren) oder das Downblousing (in den  
27     Ausschnitt fotografieren) unter Strafe gestellt.

28  
29     Nicht umfasst sind jedoch solche Aufnahmen, die die bekleideten Körperregionen abbilden, ohne  
30     dass dabei die nackten bzw. lediglich in Unterwäsche bekleideten Körperbereiche sichtbar werden.  
31     Diese Strafbarkeitslücke ist nicht hinnehmbar. Jede voyeuristische Bildaufnahme stellt einen  
32     massiven Eingriff in die Privat- und Intimsphäre der Betroffenen dar. Heimliches Filmen und  
33     Fotografieren ist ein Übergriff, der die Betroffenen auch langfristig belasten und zu einem starken  
34     Unsicherheitsgefühl beitragen kann.

35  
36     **Wir fordern daher:**  
37     Jede Form von unerlaubten Bildaufnahmen von den in § 184k StGB genannten Körperbereichen  
38     muss strafbar sein. Darüber hinaus ist strafshärfend zu berücksichtigen, wenn eine sexuelle  
39     Motivation hinter den Aufnahmen nachgewiesen werden kann. Zudem soll in § 184k StGB  
40     „weibliche Brust“ durch „Brustbereich einer Person“ ersetzt werden.

Kommentiert [JS16]: KONSENS durch  
Antragskommission mit Erledigung aufgrund von  
Annahme beim LPT II/2025.